ugsgebühr:
n 2 Mk. 50 Pfg.; durch
n 3 Mk. 75 Pfg.

e Nachrichten" erscheinen
gens; die Bezieher in
der nächsten Umgebung,
ung durch eigene Boten
ränge erfolgt, erhalten
an Wochentagen, die
- oder Feiertage folgen,
Ausgaben Abends und
gens zugestellt.
ge eingetrauter Schrift-
keine Verbindlichkeit.

prechanschluß:
Nr. 11 u. Nr. 2096.

amm-Adresse:
chten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

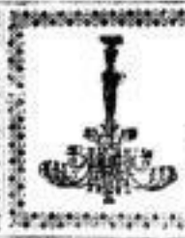
Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in **grösster** Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

sowie als weitere Spezialität:
Lacke
für die
Eisen-Industrie
empfiehlt
Curt Gündel,
Lackfabrik,
Dresden-Löbtau.
Telephon Amt I 667.

Tuchwaaren.
ein hocheleganter deutscher und englischer eleganter Anzug-, ...- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.
...mann Pörschel, Scheffelstrasse 19.

Keuchhustensaft (Edelkastanienextrakt) Flasche 75 Pfennige,
Keuchhustenpflaster, à 50 Pfennige,
vorzügliche, zuverlässige Mittel zur Linderung und schnellen Beseitigung des Keuchhustens. Versandt nach auswärts. Prospekte gratis.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.



Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Winterlodenjoppen * Kaisermäntel * Pellerinmäntel
...tische beste Bekleidung für Herren und Knaben, empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23,** part. u. I. Etage.

№ 302. Spiegel: Waldeck-Rousseau's Programm. Hofnachrichten. Schulstatistik. Gestirnter Himmel, Handwerkerverein, Fletcher'sches Seminar. Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßl. Witterung: Aufklarung. | **Freitag, 2. November 1900.**

Das Programm Waldeck-Rousseau's.

Der Waffenstillstand, den das friedliche Schauspiel der Pariser Weltausstellung für die innere Politik Frankreichs herbeigeführt hatte, geht zu Ende. Am 6. November tritt das Parlament wieder zusammen und wenige Tage später findet der Schluß der Ausstellung statt. Die Regierung wie die Parteien treffen ihre Vorbereitungen für die neuen Kämpfe. Durch Reden einzelner Minister und Parteiführer ist die Campagne eingeleitet worden. Der sozialdemokratische Handelsminister Millerand hat in den Industriecentren des Nordens mit den Wählern Fühlung genommen, während sein „Genosse" und Kollege Baudin, Minister der öffentlichen Arbeiten, den Süden für seine Kundgebungen aufgesucht hat. Im Westen trat der Unterrichtsminister auf und in den afrikanischen Kolonien erschienen gleichzeitig der Kriegsminister und der Marineminister. Nunmehr ist auch der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau aus seiner Reserve herausgetreten und hat in der großen Provinzstadt Toulouse in einer großen Programmrede das Vorwort zu der bevorstehenden Parlamentstagung gesprochen. Damit hat die politische Saison begonnen.

Nach seinem ursprünglichen Programm hatte sich das Kabinet Waldeck-Rousseau die Aufgabe gestellt, die verschiedenen republikanischen Parteigruppen zu sammeln, um vor allem den Bestand der Republik vor dem Ansturm ihrer Feinde sicher zu stellen. Der Ministerpräsident hält diese Aufgabe im Wesentlichen für gelöst: in seiner Ueberzeugung ist das Werk der republikanischen Einigung gelungen und die bestehende staatliche Ordnung wieder gefestigt. Ob das wirklich der Fall ist, wird sich bald erweisen. Jedenfalls hält es Waldeck-Rousseau nicht mehr für unbedingt nöthig, an der Kompromißpolitik festzuhalten, damit die republikanische Abstimmungsmehrheit nicht gelockert und keine ihrer Gruppen abgestoßen wird. Zwar stellt er sich auch jetzt noch nicht auf den Boden eines bestimmt abgegrenzten Parteiprogramms, aber in der Hauptsache enthält seine Toulouser Rede das Bekenntniß zum Radikalismus, zur demokratischen Republik. „Das politische Ziel der republikanischen Aktion", erklärte er, „muß sein, der Demokratie diejenige Einrichtungen zu geben, die sich dem Ideal der Regierung möglichst nähern." Von diesem Bekenntniß bis zu dem Standpunkte seines sozialdemokratischen Amtsgenossen Millerand ist kein Schritt. Waldeck-Rousseau hat ihn nicht gethan, aber er glaubt doch keinen Zweifel gelassen, daß ihm an der ferneren Mitwirkung der revolutionären Sozialdemokratie weit mehr gelegen ist, als an der Unterstützung der gemäßigten Republikaner. Er wird die Ausmerzung des sozialdemokratischen Elements aus der Regierung als die wichtigste Aufgabe ansehen. Wie die Genossen seiner jetzigen Kampfgenossen kann das gegenwärtige Haupt der französischen Regierung nicht den Anspruch erheben, ein Mann der Ueberzeugungstreue zu sein. Er hält es zur Zeit für opportun, einen Radikalismus mit einer starken revolutionär-sozialdemokratischen Färbung zu vertreten. Das schließt keineswegs aus, daß er wieder eine Schwenkung nach links vollzieht, sobald er sich das Kabinet retten kann. Einst als Minister unter Ferry war er der schneidigste Gegner der Sozialdemokraten, reichte ihnen später, als er selbst an das Steuerruder trat, ohne Bedenken die Hand, um mit ihnen, die selbst angeblich den Großkapitalismus bekämpfen, die Herrschaft der haute finance zu retten. Er hat sich in Toulouse weder für noch gegen die kollektivistischen Theorien des revolutionären Sozialismus ausgesprochen. Er versicherte doch, die Verwandlung des persönlichen Eigenthums in ein kollektivistisches sei nicht, und zwar durch Mitwirkung des Staates, ist nicht ein Theil unseres Programms. Eine direkte unzweideutige Verleugnung des extremen sozialdemokratischen Lehrsatzes ist das nicht: denn es bleibt die Verwirklichung dieses Satzes zunächst ohne unmittelbare Mitwirkung des Staates offen. Verspricht doch Waldeck-Rousseau eine Reihe durchgreifender sozialer Maßnahmen, durch welche zweifellos die allmähliche Beseitigung des Privateigenthums vorbereitet werden muß. Millerand hat vor Kurzem eine Vorlage angekündigt, wonach die Arbeiter einer Fabrik sämmtlich feiern müssen, wenn die Mehrheit den Ausstand beschließt, und Waldeck-Rousseau stellte in Toulouse den programmatischen Satz auf, daß in Zukunft die Arbeit ihre Vergütung weniger im Lohne, als im Gewinnantheile zu suchen haben werde. Daß ein solcher Gedanke mit einer entschieden antistaatssozialistischen Auffassung ebenso wenig vereinbar ist wie das Millerand'sche Zwangstreikgesetz, liegt auf der Hand.

Das Schwergewicht der Toulouser Programmrede liegt in den antiklerikalen Aktionen, die sie ankündigt. Der Einfluß der religiösen Genossenschaften auf die Jugenderziehung in Frankreich soll mit allem beschränkt werden. Wie der Kriegsminister auf dem Verwaltungswege den Widerstand der antirepublikanischen Offiziere gegen die Civilgewalt zu brechen sucht und bemüht ist, das Heer vollends zu demokratisiren, so fordert Waldeck-Rousseau, um die Erreichung dieses Zieles zu sichern, die energische Bekämpfung des Klerikalismus, der durch die religiösen Gesellschaften das ganze Land mit einem Netz von republikfeindlichen Organisationen überzogen hat, die Herrschaft über die heranwachsende Jugend erstrebt. Es gibt in Frankreich ungefähr 700 solcher religiöser Genossenschaften. Der Ministerpräsident veranschaulichte ihre wachsende Bedeutung dadurch, daß er den Werth der liegenden Güter, die sich in ihrem Besitz befinden, auf über zwei Milliarden schätzte, während sie im Jahre 1881 auf 700 Millionen Franken beziffert wurden. Die Ordensgenossenschaften stellen eine mit der Republik rivalisirende Macht dar. Ihnen schreibt es Waldeck-Rousseau zu, daß das Land gegenwärtig in zwei Theile zersprengt wird, die nebeneinander aufwachsen, ohne sich zu kennen, bis sie sich eines Tages so unerwartet wiederfinden, daß sie Gefahr laufen, sich gegenseitig nicht mehr zu verstehen. Der Einfluß dieser Kongregationen, die nach der Auffassung der Regierung unter dem Deckmantel religiöser Einrichtungen einen politischen Körper in den Staat einfügen, der nach einer vollkommenen Unabhängigkeit strebt und alle Macht widerrechtlich an sich reißen will, soll durch ein neues Vereinsgesetz, die Freiheit dieser Gesellschaften wesentlich beschränkt, und ein neues Schulgesetz gebrochen werden, nach dessen wichtigster Bestimmung nur diejenigen Kandidaten in den Staatsdienst eintreten dürfen, welche die zwei letzten Jahre ihres Studiums an einer Staatsschule verbracht haben. Den Zöglingen der Schulen der religiösen Genossenschaften soll also fortan der Zutritt zu allen Staatsämtern verwehrt sein.

Die demokratische Presse außerhalb Frankreichs ist von dem Toulouser Programm des französischen Ministerpräsidenten entzückt. So meint z. B. ein liberales Wiener Blatt: Sollte Herr Waldeck-Rousseau außerhalb Frankreichs Schule machen, so werden wir den Tag von Toulouse als einen der glücklichsten in der jüngsten politischen Zeitgeschichte ansehen müssen; wenn nicht, wird er uns doch immer in angenehmer Erinnerung bleiben. Man wird sich wohl nur zu bald mit dieser Erinnerung begnügen müssen. Denn die „Frkf. Ztg." hat vollkommen recht, wenn sie die französische Demokratie, die immer nur groß im Zerstörungswerk war, für unfähig zum Aufbau einer neuen Ordnung erklärt. Wenn wirklich Waldeck-Rousseau die ernste Absicht haben sollte, die Freiheit durch den kategorischen Imperativ und die Selbstdisziplin zu ergänzen, so wird er bei dem beweglichen Franzosenblut damit wenig erreichen. Der französische Freiheitsbegriff ist fast identisch mit Herrenlosigkeit. Man erträgt nicht allzu lange denselben Herrn in Frankreich. Nur wer den Kriegslorbeer um die Stirn trägt, darf dort Dynastiehoffnungen hegen.

Neueste Drahtmeldungen vom 1. November.

(Sämmtliche nicht als Privat-Meldungen gekennzeichneten Depeschen stammen von Wolff's Tel. Bureau; die mit * versehenen sind während des Druckes eingegangen.)

Der Krieg in China.

Berlin. (Priv.-Tel.) Es liegen nunmehr die Antwortnoten sämmtlicher Mächte auf die an sie ergangene Beitrittsaufforderung zum deutsch-englischen China-Abkommen vor. Alle Kabinette haben in entgegenkommendster Weise ihre Zustimmung zu den Punkten 1 und 2 der Vereinbarung erklärt, und die Bemerkungen, welche Rußland und Frankreich an Punkt 2 knüpfen, sind nicht geeignet, die über die beiden vorhergehenden Artikel erzielte Uebereinstimmung irgendwie zu stören, da Punkt 2 so nur eine ergänzende Bedeutung hat, denn er gilt blos für den Fall, daß eine dritte Macht den ihm Vorhergehenden niedergelegten Leitsätzen der deutsch-englischen Chinapolitik entgegenhandelt.

Köln. (Priv.-Tel.) Gegenüber den Meldungen einer französischen Nachrichtenagentur von ungewöhnlicher Strenge der deutschen Truppen in China, die auf Diebe schießen und Ruhestörungen verüben sollen, versichert die „Köln. Ztg.", eine derartige abfällige Kritik über die deutschen Truppen sei entschieden zurückzuweisen. Wenn andererseits die deutschen Truppen streng ihres Amtes walteten, so entsprächen sie dem Befehle ihrer Vorgesetzten, ihrem Amte, Ordnung zu schaffen und Ordnung zu halten. Wenn sie dabei die widerspenstigen Chinesen nicht mit Sammethandschuhen anfassen, so werde der Zweck erreicht, der sie über das Meer geführt habe, und der nicht darin bestehe, den bezopften Männern zur Unterhaltung und zum Spott zu dienen, sondern sie zur Raison zu bringen.

London. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung aus Canton schleuderte ein Chinese Namens Pangwuweis gegen das Haus des dortigen Vicekönigs eine Dynamitbombe. Durch die Explosion wurden 6 Personen getödtet und 9 verwundet, sowie 4 Häuser zerstört.

London. (Priv.-Tel.) Aus Shanghai wird gemeldet: Die chinesischen Blätter berichten, daß der Aufenthalt des Prinzen Tuan unbekannt sei; er sei weder in Singanfu, noch in Tungkwan. Es werde für möglich gehalten, daß Tuan geflohen sei, um seiner Bestrafung zu entgehen.

Peking. Man befürchtet, daß die Wiederherstellung der Eisenbahnlinie nicht bis zu dem Zeitpunkte beendet sein wird, wo durch Zufrieren des Peiho die Lebensmittel-Zufuhr auf dem Flußwege unmöglich wird. Zwischen Tangwang und Peitang, welche 23 Meilen von einander entfernt sind, ist die Eisenbahnlinie völlig zerstört. Die Russen tragen für die Wiederherstellung dieser Strecke die Verantwortlichkeit, aber sie bleiben völlig unthätig. Diese Unthätigkeit giebt zu Besorgnissen Anlaß. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die ganze übrige Eisenbahnlinie nach Peking in wenig Wochen wiederhergestellt sein wird.

---

* Hildesheim. Bei der Entgegennahme des Ehrentrunkes im Rathhause erwiderte gestern der Kaiser auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Struckmann: „Es wird Ihnen wohl begreiflich sein, daß auf so historischem Boden wie auf dem, auf welchem die Stadt Hildesheim steht, dem Landesherrn das Herz doppelt hoch schlagen muß. In kurzen, beredten Worten hat das verehrte Haupt Ihrer Stadt einmal einen kurzen Rückblick auf die Geschichte Ihrer Stadt geworfen, zum Anderen in zu Herzen gehender Weise den Empfindungen und Gefühlen der Bürger der Stadt Uns gegenüber Ausdruck verliehen. Von tiefstem Herzen erwidere Ich im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und in Meinem Unseren herzlichsten, wärmsten Dank, von dem Ich bitte, daß Sie ihn der Bürgerschaft aussprechen wollen. Sowohl die Ausschmückung, wie auch die alten Theile der Stadt, die uns noch erhalten sind, zeugen von dem Geiste der Verehrung für das Vergangene, für ihre Geschichte und beweisen, daß Sie Ihre Traditionen hoch heilig halten. Die Stadt, die eine solche Geschichte hat, wie Hildesheim, thut recht daran. Ich beglückwünsche den Bürgersinn, der in dieser Stadt weilt, denn es weht uns aus ihren alten Gebäuden und ehrwürdigen Kirchen, aus diesem schönen Rathhaus nicht der vermoderte Geist vergangener Jahrhunderte entgegen, sondern das Große und Schöne, was das Studium der Geschichte, der vergangenen Zeiten in uns, im heutigen Geschlecht erwecken kann, ist von Ihnen gehegt und gepflegt worden und giebt der Stadt den wunderbaren Reiz, der sie aller Welt bekannt gemacht hat. In tiefem Danke aber bin Ich vor allen Dingen Ihnen gegenüber dafür verpflichtet, daß Sie dieses herrliche Denkmal dem großen Kaiser gesetzt haben. Er hat das Sehnen, das Jahrhunderte lang durch die zerrissenen deutschen Lande ging, wahr gemacht, und es ist ihm vergönnt gewesen, das Deutsche Reich zu schmieden und wieder herzustellen, zuerst in stiller verborgener Arbeit, hernach aber als gotterwähltes Werkzeug, als das er sich immer angesehen hat. So freue Ich Mich denn, hier aussprechen zu können, welche Freude Ich an dem schönen Denkmal habe und an der Art und Weise, wie Sie es gefeiert und enthüllt haben. Einem frommen, ehrwürdigen deutschen Kaiser verdankt diese Stadt ihr Erstehen. Das fortdauernde Interesse von vielen deutschen Kaisern, von ehrwürdigen, heilig gesprochenen Bischöfen hat sie zur Blüthe emporgebracht. Dem frommen alten Kaiser verdankt sie es, daß sie sich wieder deutsche Stadt nennen kann. Ihm hat sie dafür das Denkmal gesetzt. Möge der edle deutsche Sinn, der in den Mauern dieser alten, ehrwürdigen Stadt gepflegt worden ist und so schöne Blüthen gezeitigt hat, in alle Ewigkeit Hildesheim bewahren und beschützen. Es möge Mir vergönnt sein, ihm allezeit ein friedvoller Schutzherr und Förderer zu sein. Ich trinke auf das Wohl der Stadt Hildesheim!"

* Leipzig. O. Knauth, der Chef der Firma Knauth, Nachod u. Kühne in Leipzig und Newyork und der Firma Knauth u. Comp. in Berlin, Leipzig und Hamburg, ist am 31. Oktober in Newyork gestorben.

* Paris. (Havas-Meldung.) Eine über Newyork eingetroffene Depesche aus Hongkong meldet: „Ein Taifun verwüstete Anam. 1600 Menschen sind todt, 5000 obdachlos." Der Kolonialminister hat keine Bestätigung dieser Nachricht. Er erhielt am 24. Oktober ein Telegramm, welches lautet: Der Telegraph Saigon—Tonkin ist in Folge von Leitungsschäden durch einen Taifun unterbrochen.

* Rom. Zum Gedächtniß des Königs Humbert, der die in der Nähe von Ostia bei den Trainirungsarbeiten in der Campagna beschäftigten Arbeiter aus Ravenna zu unterstützen pflegte, hat König Emanuel 150,000 Lire gestiftet.

* Amsterdam. Wie das „Handelsblad" meldet, werde die Vermählung der Königin in der letzten Hälfte des Februar nächsten Jahres stattfinden. Nach im Haag eingezogenen Erkundigungen ist indessen der Tag noch nicht festgesetzt.

* London. Das Kabinet ist wie folgt neu gebildet: Lord Salisbury Premierminister und Geheimsiegelbewahrer, Ritchie Inneres, Lansdowne Aeußeres, Brodrick Krieg, Selborne Marine.

* Berlin. In der heutigen Aufsichtsrathssitzung der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft wurde seitens des Vorstandes über das Ergebniß des Geschäftsjahres vom 1. Juli 1899 bis zum 30. Juni 1900 Bericht erstattet und beschlossen, der auf den 6. November einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 15 Proz. auf 47 Millionen und 7½ Proz. auf 13 Millionen in Vorschlag zu bringen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Entgegen den von einigen Blättern verbreiteten Angaben, wonach zum deutsch-englischen Notenaustausch vom 16. v. M. noch irgend welche bisher noch nicht veröffentlichte Zusatzbestimmungen vereinbart sein sollen, läßt das Auswärtige Amt erklären, daß außer der am 20. v. M. in Berlin und London gleichzeitig in vollem Wortlaut veröffentlichten Note keinerlei Vereinbarung getroffen ist. Die Blätter, die gegentheiligen Behauptungen Raum gegeben haben, seien von ihren Gewährsmännern mit Unwahrheiten getäuscht worden. — Mittelst kaiserlicher Verordnung vom 25. v. M. wird das Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April d. J. mit dem 1. Januar in Kraft gesetzt. Eine weitere kaiserliche Verordnung von demselben Tage regelt auf Grund des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes die Rechte an Grundstücken und die Anlegung von Grundbüchern in den deutschen Niederlassungen in Tientsin und Hankau. — Aus Paris wird die angeblich aus Tanger stammende Nachricht verbreitet, daß der Sultan von Marocco demnächst an sein Volk eine Kundgebung über eine politische Aktion Deutschlands in seinem Lande richten werde. Andeutungsweise wird von einem deutschen Protektorat über Marocco gefabelt und darauf hingewiesen, daß Deutschland einen Stützpunkt im Mittelmeer suche. An alledem ist kein wahres Wort. Es handelt sich, wie die „Nat.-Ztg." erfährt, lediglich darum, daß der deutsche Gesandte in Tanger, Freiherr v. Mentzingen, sich an den Hof des Sultans von Marocco begeben will, um bei diesem persönlich eine Reihe älterer, materieller Reklamationen zur Erledigung zu bringen. Ein politischer Zweck wird mit dieser Reise nicht verbunden, außer, wenn man ein politisches Moment darin sehen wollte, daß das Ansehen Deutschlands leiden würde, wenn jene Reklamationen deutscher Reichsangehöriger nicht endlich in befriedigender Weise zur Erledigung gelangen würden. — Leutnant Prinz Prosper Arenberg ist nicht zu 18, sondern zu 17 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. — Die „Kreuz-Ztg." äußert sich unter Hinweis auf eine bezügliche Ausführung des „Dresdner Journ." wie folgt: „Das Reich ist im verflossenen Jahre in nicht unerheblicher Weise Kostgänger der Einzelstaaten gewesen, es ergiebt sich damit von Neuem die dringende Nothwendigkeit, eine Reichsfinanzreform in die Wege zu leiten. Die Abwälzung des Reichsdefizits auf die Bundesstaaten wird zur Unsicherheit und Verwirrung des Finanzwesens derselben; es ist also geboten und wird schließlich nicht länger mehr aufzuschieben sein, daß das Verhältniß des Reiches zu den Einzelstaaten in finanzieller Beziehung geregelt werde. Gegenwärtig bietet der Abschluß jedes Etatentwurfs für das Reich ein Bild des Zufalls je nach dem Verhältniß der Matrikularbeiträge zu den Ueberweisungen an die leistungspflichtigen Bundesstaaten, während die finanzielle Haftbarkeit dadurch unbegrenzt erscheint. Es ist also nicht nur unwürdig, sondern auch bedenklich, den jetzigen Zustand, der zudem in der Verfassung nur als Nothbehelf gedacht ist, aufrecht zu erhalten. Wird im Reiche durch das Nichtvorhandensein eines Defizits die Verantwortlichkeit für die Beschaffung eigener Einnahmequellen zur Deckung der steigenden Ausgaben gemindert, so wird in den Einzelstaaten der Agitation für die Erzeugung jenes Gefühls, das man Reichsverdrossenheit nennt, Nahrung gegeben, denn die dadurch hervorgerufene Unsicherheit in der einzelstaatlichen Finanzpolitik erweckt Mißstimmung, und diese Mißstimmung hat bereits in verschiedenen Fällen Ausdruck gefunden. — Der Ausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft hat beschlossen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in die neuen Handelsverträge eine Bestimmung aufgenommen werde, wonach die mit Ursprungszeugnissen versehenen, aus deutschen Schutz- und Pachtgebieten stammenden Plantagenprodukte Kaffee, Cacao, Thee, Tabak und Gewürze zollfrei bezw. mit besonderer Zollvergünstigung in das deutsche Zollgebiet eingeführt werden können. — Die gestrige Generalversammlung der „Rheinisch-Westfälischen Schrott-Einkaufsvereinigung" beschloß die Verlängerung bis zum Juli 1902. — Hinsichtlich der an Bord des „Bundesrath" beschlagnahmten Goldbarren heißt es, daß es sich um Staatsgelder von Transvaal handle. Der Antrag auf Beschlagnahme des Goldes sei von zwei großen Banken ausgegangen, denen von der Transvaalregierung Geldsendungen, und zwar vor der Erklärung des Krieges, konfiszirt wurden. Auch die „Deutsche Tagesztg." erfährt, daß es sich bei der Beschlagnahme um keinen politischen Akt, sondern um die Eintreibung einer civilgerichtlichen Forderung — und natürlich nicht vom Präsidenten Krüger, sondern wahrscheinlich von der Transvaalregierung — handle. In Hamburg schwebe schon seit längerer Zeit ein Civilprozeß wegen Dynamitlieferung gegen die Transvaalregierung. — Ueber die im Reichsamt des Innern geplanten neuen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien wird mitgetheilt: In Zukunft wird der Fußboden einer Bäckerei nicht tiefer als ½ Meter unter dem Erdboden liegen. Die Backstubenräume müssen 3 Meter hoch und mit Fenstern versehen sein, welche genügen, um für alle Theile der Räume ausreichend Luft